

N i e d e r s c h r i f t

**über die öffentliche Sitzung des Gemeinderates am 26.04.2023 im Ratssaal des
Friedrichsbau, Bühl, Friedrichstraße 2,**

Sitzungsdauer: 18:00 Uhr bis 18:55 Uhr

- - - - -

Anwesend sind:

Vorsitzender

Oberbürgermeister Hubert Schnurr

Gremiumsmitglied

Stadtrat Christian Böckeler

Stadträtin Dr. Margret Burget-Behm

Stadtrat Johannes van Daalen

Stadtrat Prof. Dr. Karl Ehinger

Stadtrat Franz Fallert

Stadtrat Georg Feuerer

ab 18:05 Uhr anwesend

Stadtrat Daniel Fritz

Stadträtin Beate Gässler

Stadtrat Timo Gretz

Stadtrat Peter Hirn

Stadtrat Lutz Jäckel

Stadtrat Hans-Jürgen Jacobs

Stadtrat Ulrich Nagel

Stadtrat Prof. Dr. Johannes Moosheimer

Stadtrat Georg Schultheiß

Stadtrat Walter Seifermann

Stadtrat Peter Teichmann

Stadtrat Thomas Wäldele

Stadträtin Dr. Claudia Wendenburg

Stadtrat Jörg Woytal

Stadtrat Norbert Zeller

Stadträtin Yvonne Zick

Ortsvorsteher

Ortsverwaltung Eisental, Karin Feist

Ortsverwaltung Weitenung, Daniel Fritz

Ortsverwaltung Neusatz, Hans-Wilhelm Juchem

Ortsverwaltung Altschweier, Manfred Müller

Ortsverwaltung Vimbuch, stellv. Ortsvorsteherin Stefanie Stedry

Verwaltung

Erster Beigeordneter, Wolfgang Jokerst

Bildung-Kultur-Generationen, Klaus Dürk

Pressesprecher, Matthias Buschert

Bürgerservice-Sicherheit-Recht, Reinhard Renner

Recht-Ordnung-Soziales, Elisabeth Beerens

Wirtschafts- und Strukturförderung/Baurecht, Corina Bergmaier

Bildung-Kultur-Generationen, Bettina Fröhlich

Stadtentwicklung-Bauen-Immobilien, Barbara Thévenot

Gremien und Kommunales, Marc Vollmer

Gäste

Sabine Huck / Florian Kreuzer, Spielwiese
gGmbH (zu TOP 4 ö)
Rolf Fritz, Erster Polizeihauptkommissar,
Polizeirevier Bühl

Zuhörer/innen

6

Pressevertreter

1

Entschuldigt fehlen:**Gremiumsmitglied**

Stadträtin Barbara Becker
Stadtrat Bernd Broß
Stadtrat Ludwig Löschner

Tagesordnung

1. Bürgerfragestunde
2. Bekanntgabe des in der nichtöffentlichen Gemeinderatssitzung vom 22.03.2023 gefassten Beschlusses sowie Bekanntgabe einer Eilentscheidung des Oberbürgermeisters
3. Resolution des Gemeinderats der Stadt Bühl zum Erhalt der Post- und Postbankfiliale
4. Einrichtung einer naturpädagogischen Kindertageseinrichtung zum Kita-Jahr 2023-2024
5. Vorstellung der Integrationsbeauftragten
6. Zuschuss an die „PAMINA-VOLKSHOCHSCHULE/UNIVERSITÉ POPULAIRE PAMINA“
7. Öffentlich-rechtliche Vereinbarung zur Übernahme des AREKO-Bauwerk Nr. 4 (Rohrdurchlass)
8. Wahl der stellvertretenden Ortsvorsteherin von Altschweier
9. Berichte und Anfragen

Oberbürgermeister Schnurr eröffnet die Sitzung und stellt die entschuldigten Mitglieder sowie die Beschlussfähigkeit des Gemeinderats fest. Außerdem setzt er TOP 5 von der Tagesordnung ab.

TOP 1: Bürgerfragestunde

Die Bühler Gastronomen Kathrin Willig (Bodega Bühlot), Martin Foshag (Heimat im Badi-schen Hof) und Sergio Corsano (Bistro Platz.Hirsch) fragen an, ob die Sperrzeit an Freitagen, Samstagen und vor Feiertagen für die Außenbewirtschaftungen der Bühler Gaststätten auf 24:00 Uhr festgesetzt werden kann, wie es im Zuge der Corona-Pandemie für die Jahre 2020 und 2021 beschlossen wurde.

Oberbürgermeister Schnurr sagt zu, dass die Verwaltung die Anfrage prüfen wird.

TOP 2: Bekanntgabe des in der nichtöffentlichen Gemeinderatssitzung vom 22.03.2023 gefassten Beschlusses sowie Bekanntgabe einer Eilentscheidung des Oberbürgermeisters

Oberbürgermeister Schnurr gibt den in der nichtöffentlichen Gemeinderatssitzung vom 22.03.2023 gefassten Beschluss (TOP 1) bekannt.

Außerdem gibt er eine Eilentscheidung nach § 43 Abs. 3 GemO (Vergabe Entsorgung der schadstoffbelasteten Decken in der Grundschule Vimbuch) bekannt.

TOP 3: Resolution des Gemeinderats der Stadt Bühl zum Erhalt der Post- und Postbankfiliale

Bürgermeister Jokerst erklärt, dass die Schließung der Post- und Postbankfiliale ein Vorhaben ist, welches nicht gutgeheißen werden kann. Es fanden Gespräche mit Konzernvertretern statt, die für die Kommunikation mit den Kommunen verantwortlich sind. Hier hat man die Information erhalten, dass die Entscheidung nicht mehr zurückzuholen ist. Für die Postdienste sucht die Post weitere Geschäftspartner, hier ist die Stadtverwaltung der Post behilflich. Außerdem wurden die Bundestagsabgeordneten von CDU und SPD kontaktiert, die zwischenzeitlich Termine mit den Verantwortlichen des Konzerns vereinbart haben. Den Unmut und Protest möchte man nun im Rahmen einer Resolution zum Ausdruck bringen.

Stadtrat Hirn betont, dass die Resolution ein wichtiges Signal nach Außen ist und signalisiert die Zustimmung der SPD-Fraktion. Allerdings sieht er die Chancen, damit etwas zu erreichen, als gering an.

Als eine Folge der Privatisierung bezeichnet Stadtrat Prof. Dr. Ehinger die geplante Schließung. Der Verpflichtung einer flächendeckenden Versorgung nach dem Postgesetz kommt die Post hiermit nicht nach. Die FW-Fraktion stimmt der Resolution zu und fordert die bisherigen Postdienstleistungen wie bisher komplett anzubieten. Er hält jedoch die Wahrscheinlichkeit, dass die Resolution Erfolg hat, für gering. In diesem Zusammenhang erklärt er, dass kritische Infrastruktur grundsätzlich nicht privatisiert werden darf.

Stadtrat Jäckel unterstützt ebenfalls die Resolution. Als einzige Chance für die Zukunft sieht er weitere Geschäftspartner in der Innenstadt zu finden, die eine Agentur übernehmen und an der es auch ausreichend Parkplätze gibt. Hier muss man intensiv auf die Suche gehen.

Stadtrat Feuerer findet es wichtig, dass der Gemeinderat die Resolution beschließt. Die an-

gesprochenen Privatisierungen haben zur Folge, dass privatwirtschaftliche Interessen Vorrang haben und nicht die kommunalen Gesichtspunkte. Postagenturen sind für die Partner nur interessant, wenn sie sich lohnen. Viel verdient man damit nicht, jedoch kann solch eine Einrichtung die Frequenz eines Geschäfts erhöhen. Auch er bittet darum, intensiv auf die Suche nach Partnern für Postagenturen zu gehen.

Oberbürgermeister Schnurr berichtet, dass man hinsichtlich Postagenturen in aussichtsreichen Gesprächen ist.

Für Stadtrat Seifermann ist das Verhalten der Postbank ein Trauerspiel, da die angebotene Infrastruktur für die Stadt und ihre Bürger dringend notwendig ist. Entscheidend ist nun, die Resolution zu beschließen und Partner für weitere Postagenturen mit entsprechender Größe und angemessenen Öffnungszeiten zu finden.

Beschluss:

Der Gemeinderat der Stadt Bühl beschließt folgende Resolution: „Wir fordern von den Verantwortlichen bei Post und Postbank, die Entscheidung zur Schließung der Post- und Postbankfiliale umgehend zu revidieren und für die Menschen in Bühl ihre Dienstleistungen vollumfänglich aufrecht zu erhalten.“

Abstimmungsergebnis: Einstimmiger Beschluss (23 Ja-Stimmen)

TOP 4: Einrichtung einer naturpädagogischen Kindertageseinrichtung zum Kita-Jahr 2023-2024

Oberbürgermeister Schnurr begrüßt zu diesem Tagesordnungspunkt Sabine Huck und Florian Kreuzer von der Spielwiese gGmbH.

Bürgermeister Jokerst erläutert, dass solche Einrichtungen aus naturpädagogischer Sicht eine gute Ergänzung des städtischen Betreuungsangebots sind, andererseits ist es auch eine Möglichkeit schnell neue Kindergartenplätze zu schaffen.

Frau Huck und Herr Kreuzer berichten von ihrer pädagogischen Arbeit und erläutern ihr Konzept. In der Einrichtung sind 2,28 Fachkräfte eingeplant, die sich in ihrer Arbeit an dem vorgesehenen waldpädagogischen Konzept orientieren.

Auf entsprechende Nachfrage von Stadträtin Dr. Burget-Behm erläutert Frau Huck, dass die Atemwegserkrankungen bei den Kindern geringer sind wie in einer Hauseinrichtung. Dies gilt auch für die Erzieher. Außerdem erläutert Herr Kreuzer die Abläufe in der Einrichtung in der Winterzeit bei niedrigen Temperaturen.

Stadtrat Hirn betont, dass dringend weitere Kindergartenplätze benötigt werden, weshalb dieses Konzept zur rechten Zeit kommt. Einerseits werden Plätze geschaffen, andererseits stellt das Konzept ein erweitertes Angebot im Kindergartenbereich dar. Er erinnert an die Forderung der SPD an die Landespolitik, dass Bildungseinrichtungen und damit auch Kindergärten kostenfrei sein müssen.

Stadtrat Woytal verweist ebenfalls auf die fehlenden Plätze. Es ist erfreulich, dass die Einrichtung schon zum neuen Kindergartenjahr eröffnet werden kann.

Auf entsprechende Nachfrage von Stadtrat Woytal erläutert Herr Dürk, dass die Mahlzeiten im Freien aber auch in der Schutzhütte eingenommen werden. Der Bau der Schutzhütte wird in einer der nächsten Gemeinderatsitzungen behandelt. Abschließend begründet er die

Standortauswahl unter anderem auch im Hinblick auf Kooperationen mit der Weststadt-Schule, baurechtliche Aspekte und dem geplanten Baugebiet Kirchgaßgraben.

Stadtrat Jäckel begrüßt die geplante Einrichtung und hält es auch im Blick auf die Corona-Pandemie für wichtig, dass Kinder sich in der Natur aufhalten. Die schnelle Umsetzung ist ein großer Vorteil. Er regt für die Zukunft an, größere Betriebe anzusprechen und einzubinden, um beispielsweise eine Refinanzierung von weiteren Einrichtungen zu erreichen.

Oberbürgermeister Schnurr teilt mit, dass es bereits Gespräche mit Bühler Betrieben in dieser Hinsicht gibt.

Stadtrat Feuerer berichtet von Erfahrungen mit dem Waldkindergarten in Gaggenau, der gut funktioniert. Der Kinderzuwachs der letzten Jahre ist zwar erfreulich, zwingt jedoch nun aufgrund des Rechtsanspruchs auf Kinderbetreuung zum Handeln.

Stadträtin Gässler dankt für den Vortrag und betont, dass ein solches Konzept bislang gefehlt hat. Sie signalisiert die Zustimmung der GAL-Fraktion.

Auf entsprechende Nachfrage von Stadtrat Prof. Dr. Moosheimer erläutert Herr Dürk, Bildung – Kultur – Generationen, dass die Vergabe der Plätze, wie bei allen anderen Trägern auch, über das zentrale Anmeldesystem der Stadt Bühl läuft. Das einheitliche Entgeltsystem wird die Spielwiese gGmbH auch übernehmen.

Herr Kreuzer erläutert Herrn Stadtrat Prof. Dr. Moosheimer die Abläufe in der bei längeren Regenphasen. Herr Dürk ergänzt die Grundfläche der Schutzhütte, die bei 35 qm liegt. Bei 30 Kindern werden zwei Schutzhütten benötigt.

Beschluss:

Der Gemeinderat beauftragt die Verwaltung mit der Spielwiese gGmbH einen Abmangelvertrag zu schließen und die Spielwiese gGmbH als freien Träger für die Einrichtung einer naturpädagogischen Kindertageseinrichtung mit 1,5 Gruppen auf dem Gelände der ehemaligen Tennisplätze bei der Weststadtgrundschule zu bestellen.

Abstimmungsergebnis: Einstimmiger Beschluss (23 Ja-Stimmen)

TOP 5: Vorstellung der Integrationsbeauftragten

Der Tagesordnungspunkt ist abgesetzt.

TOP 6: Zuschuss an die „PAMINA-VOLKSHOCHSCHULE/UNIVERSITÉ POPULAIRE PAMINA“

Beschluss:

Der Verein „PAMINA-VOLKSHOCHSCHULE/UNIVERSITÉ POPULAIRE PAMINA“, Wissembourg/Elsass erhält zur Finanzierung seiner Arbeit für das Jahr 2023 einen Förderbeitrag in Höhe von 2.000,-- Euro.

Abstimmungsergebnis: Einstimmiger Beschluss (23 Ja-Stimmen)

TOP 7: Öffentlich-rechtliche Vereinbarung zur Übernahme des AREKO-Bauwerk Nr. 4

(Rohrdurchlass)

Auf entsprechende Nachfrage von Stadtrat Feuerer, erläutert Oberbürgermeister Schnurr, dass eine wasserrechtliche Genehmigung besteht und deshalb eine Übernahme unvermeidbar sei. Man geht aber der Frage nochmals nach, ob der Landesbetrieb Gewässer das Bauwerk einfach so schließen kann.

Beschluss:

Der Gemeinderat stimmt dem Abschluss der in der Anlage beigefügten Vereinbarung mit dem Land Baden-Württemberg zu.

Abstimmungsergebnis: Einstimmiger Beschluss (23 Ja-Stimmen)

TOP 8: Wahl der stellvertretenden Ortsvorsteherin von Altschweier

Beschluss:

Aufgrund des eingegangenen Vorschlags wählt der Gemeinderat der Stadt Bühl Frau Martina Linz zur 2. Stellvertreterin des Ortsvorstehers von Altschweier.

Einstimmiger Beschluss (23 Ja-Stimmen)

TOP 9: Berichte und Anfragen

Bekanntgaben des Oberbürgermeisters

Asiatische Tigermücke im Stadtgebiet

2022 wurde eine kleine Population der aus Südostasien stammenden Asiatischen Tigermücke im Stadtkern südlich der Klostergärten nachgewiesen. Sie stellt ein nicht unerhebliches potenzielles Gesundheitsrisiko dar und könnte Krankheitserreger wie z.B. das Dengue-, Zika- und das Westnil-Virus auf den Menschen übertragen. Im Vergleich zu heimischen Stechmücken ist die Asiatische Tigermücke relativ klein, tagaktiv, stechfreudig und an ihrem charakteristischen schwarz-weißen Muster sowie an einer markanten, weiß-silbrigen Linie, die vom Kopf zum Rücken verläuft, erkennbar.

Um die Verbreitung der Tigermücke zu verhindern sind Bekämpfungs- und Präventionsmaßnahmen notwendig. Im Fokus der Bekämpfung stehen die Brutstätten der Tigermücke. Diese sind z.B. Wasseransammlungen in Blumentopfuntersetzern, Vogeltränken, Dachrinnen oder offene Regentonnen.

Bürgerinnen und Bürger können hier bereits präventiv einer Ansiedlung entgegenwirken, indem sie zu Beginn des Frühjahrs ihren Garten, Balkon oder Fensterbretter auf mögliche Brutstätten überprüfen und über den Sommer Wasseransammlungen möglichst vermeiden. Können Brutstätten jedoch nicht beseitigt werden, wie z. B. Hofgullys, oder werden Wasseransammlungen im Sommer benötigt, z. B. zum Gießen der Pflanzen im Garten ist eine regelmäßige biologische Behandlung der Brutstätten notwendig. Hierzu wird auf einen Wirkstoff zurückgegriffen, der aus dem Bakterium *Bacillus thuringiensis israelensis* (B.t.i.) gewonnen wird und gezielt Stechmückenlarven abtötet. Der Wirkstoff tötet lediglich Mückenlarven ab, ist jedoch für andere Insektengruppen wie z.B. Bienen als auch für Haustiere, Igel, Vögel und den Menschen unbedenklich.

Zur Bekämpfung der Tigermückenpopulation hat die Stadt Bühl die Kommunale Aktionsgemeinschaft zur Bekämpfung der Schnakenplage e. V. (KABS e. V.) beauftragt. Die KABS e.V. führt die Bekämpfung 2023 in Zusammenarbeit mit dem Gesundheitsamt und der Stadtverwaltung im Zeitraum von Ende April bis Ende September durch. Ziel ist es, alle vorhandenen Brutstätten zu erkennen und zu bekämpfen. Potenzielle Brutstätten vollumfänglich zu erkennen ist für ungeschulte Personen nicht ohne weiteres leistbar. Daher ist es wichtig, dass die Behandlung von Brutstätten im festgelegten Bekämpfungsgebiet auch auf Privatgrundstücken durch geschulte Mitarbeiter der KABS e.V. durchgeführt wird. Grundstückseigentümer, deren Liegenschaft sich in einem Verbreitungsgebiet der Tigermücke befinden, werden im Vorfeld über die bevorstehenden Bekämpfungsmaßnahmen mittels Hauswurfsendung informiert. Für den Einsatz der KABS e.V. entstehen den Betroffenen keine Kosten. Eine Begehung vor Ort durch Mitarbeitende der KABS e.V. dauert in der Regel nicht länger als 15 Minuten. Die Stadt Bühl bittet deshalb alle Anwohnerinnen und Anwohner um Mithilfe, denn nur so kann die KABS e.V. die Asiatische Tigermücke erfolgreich bekämpfen und eine weitere Ausbreitung verhindern.

Tigermücken-Verdachtsmeldungen können mittels Foto und Hinweis zum Ort der Sichtung an tigermuecke@kabsev.de gemeldet werden.

Fußgängerüberquerung beim Kaufland

Stadträtin Gässler bezieht sich auf die Antwort von Oberbürgermeister Schnurr bezüglich einer Anfrage eines Ehepaars wegen der Fußgängerüberquerung beim Kaufland. Sie kritisiert, dass aufgezeigt wird, was nicht angeordnet und umgesetzt werden kann. Ihr fehlen Lösungsansätze um die gefährliche Situation zu entschärfen. Man darf hier nicht zuwarten, bis etwas passiert. Sie erinnert an den Unfall am Friedensweg im vergangenen Jahr.

Oberbürgermeister Schnurr erklärt, dass die Situation eindeutig ordnungsrechtlich und auch gestalterisch geprüft wurde. Es gibt verkehrsrechtlich keine Lösung des Problems. Lediglich im verkehrsplanerischen Bereich könnte man nochmals die Lage betrachten, er sieht aber hier auch kaum Möglichkeiten, eine Verbesserung zu erzielen. Bezüglich der Kreuzung Friedensweg/B3 alt erklärt er, dass die Arbeiten dort noch nicht fertiggestellt sind.

Frau Beerens, Bürgerservice – Sicherheit – Recht, ergänzt, dass die Regelungen für Fußgängerüberwege eindeutig sind. Sie berichtet, dass mit der Kaufland-Filiale vereinbart wurde, die Büsche an der Kreuzung Luisenstraße/Steinstraße zurückzuschneiden, um die Sichtverhältnisse zu verbessern.

Auf entsprechende Nachfrage von Stadträtin Dr. Burget-Behm erläutert Oberbürgermeister Schnurr, dass man das Straßensystem als Ganzes betrachten muss und die abknickende Vorfahrt sowie der Kreisel bewusst so angelegt wurden, um eine Entlastung zu erhalten.

Frau Beerens teilt mit, dass sie die Argumentation ihrer Vorrednerinnen nachvollziehen kann. Allerdings kann man auch aus den Erfahrungen der letzten Jahre, nämlich, dass dieser Bereich kein Unfallschwerpunkt ist, Rückschlüsse ziehen, ob ein Handlungsbedarf besteht.

Tarifeinigung im öffentlichen Dienst

Bürgermeister Jokerst erklärt auf entsprechende Nachfrage von Stadtrat Seifermann, dass in der kommenden Gemeinderatssitzung über die Auswirkungen des Tarifabschlusses auf den Haushalt berichtet wird.

Zur Beglaubigung:

Der Oberbürgermeister:

Die Stadträte/innen:

Hubert Schnurr

Der Schriftführer:

Marc Vollmer